

Quo vadis Central Eastern Europe?

Veranstaltungsbericht zur Podiumsdiskussion am 25.10.2017

In welche politische Richtung entwickeln sich die ostmitteleuropäischen Staaten, im Besonderen der Visegrád-Gruppe bestehend aus Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei? Befinden sie sich in einer Phase der demokratischen Rückentwicklung oder tendieren sie doch weiterhin zu einer pro-europäischen Transformation? Diesen Fragen gingen die Gäste der Podiumsdiskussion nach, die durch die Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich veranstaltet wurde.

Auf dem Podium diskutierten PD Dr. Christian Schweiger, Inhaber der ausrichtenden Professur, Frau Dr. Krisztina Arato, Dozentin an der ELTE Universität Budapest, Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Dekan der Philosophischen Fakultät und Inhaber der Professur für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas, Andrej Matisak, Journalist der slowakischen Tageszeitung Pravda und Herr Dr. Michal Piechowicz, Gastdozent der Nicolaus Copernicus Universität Torun in Polen.

Nach einleitenden Worten durch Herrn Schweiger und der Vorstellung der Gäste, analysierten die Diskussionsteilnehmer die Fragen nach politischen und ökonomischen Status der Region und der Zukunft der Visegrád-Gruppe innerhalb der EU.

In Ungarn ließe sich die gesellschaftliche Meinung zur EU mit dem Begriff „Disillusionment“ am besten beschreiben, so Dr. Arato. Es hätte die Hoffnung auf einen System- und sozioökonomischen Wandel gegeben, doch das erwartete Aufblühen des Landes und ein spürbares Wachstum der ungarischen Wirtschaft bliebe bisher aus. Die Ungarn stünden kaum für ihre Rechte ein, es herrsche fehlendes politisches Engagement innerhalb der Gesellschaft, um die Bürgerrechte zu stärken und auch die Erinnerungen von den Altlasten des Kommunismus zu lösen. Der Erfolg des ungarischen Präsidenten Victor Orbán liege in dem Kreieren von Feindbildern. Aus diesem Grund wäre ihm die Flüchtlingskrise sehr gelegen gekommen. Er inszeniert sich als Retter des Volkes vor weiterem Fremdeinfluss (im Hinblick auf die Roma-Minderheit) und setzt das Ziel, Ungarn zu einem migrantenfreien Staat entwickeln zu wollen. Zudem profitiere Orbán von der fehlenden Opposition. Es gäbe keine alternativen Konkurrenten. Nach der Einschätzung Aratos hätte nur eine Frau als Oppositionsführerin die Chance, einen politischen Wandel herbeizuführen. In Hinblick auf die Verstöße der Orbán-Regierung gegen europäische Werte und mögliche Sanktionsmaßnahmen durch die EU, sieht Arato eine sinnvolle Antwort ausschließlich in der Kürzung von strukturellen Finanzhilfen. Die langen und zähen Verhandlungen vor dem Beitritt zur Europäischen Union während Orbáns Präsidentschaft von 1998 bis 2002 prägten noch immer sein Bild von einer fordernden und „kolonialisierenden“ EU.

Dr. Piechowicz berichtete von einer veränderten Einstellung der polnischen Regierung gegenüber der Europäischen Union. Unter Führung Donald Tusks hätte sich das Land geöffnet, Jobs seien geschaffen und die Stellung Polens innerhalb der EU gestärkt worden. Doch mit der Wahl der PiS zur stärksten Kraft im Parlament, wäre eine „Wir gegen Sie“-Mentalität entstanden. Die Einstellung

„We are not European, we protect the polish people. We are no friends anymore and not afraid to say No“ breite das nationalistische Denken aus und schränke das Entstehen für europäische Geschlossenheit und das Pflegen von bilateralen Partnerschaften ein. Dieses neue Selbstbild Polens zeige sich am Beispiel der Wiederwahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates, gegen welche einzig die polnische Regierung stimmte. Piechowicz beschreibt das Verhältnis zur EU als „Paradoxon“. Polen hätte von allen Staaten am meisten von dem Beitritt in die EU profitiert und konnte sein BIP mit Hilfe von Geldern aus europäischen Strukturfonds seit 1990 um 700% steigern. Im Falle der Flüchtlingskrise schüre die Regierung übermäßige Angst vor möglicher Islamisierung und massiver Arbeitslosigkeit. Dabei sei Polen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, die zurzeit aus der Ukraine einwandern, und hat im letzten Jahrzehnt tausende tschetschenische Flüchtlinge aufgenommen und integriert.

Die Slowakei, so berichtete Matisak, liege wie eine Insel innerhalb der osteuropäischen Staaten. Zwar unterstrichen sie, ihre Nachbarn seien wichtige Partner, jedoch sehe die Regierung die europäischen Werte und die Zugehörigkeit zur Europäischen Union als prioritär an.

Prof. Dr. Garsztecki wies daraufhin, dass die Rolle der Region innerhalb der EU, aber auch innerhalb der mittelosteuropäischen Staaten sinke. Es seien Funktionsprobleme in den politischen Systemen der V4 erkennbar. Ob dies eine Folge der Transformation ist, sei nicht eindeutig feststellbar. In den post-kommunistischen Staaten herrsche ein differentes Verhältnis zum Liberalismus. Der Faktor Unabhängigkeit sei innerhalb der Gesellschaft und der Regierung von besonderer Bedeutung. Die Demokratie werde allgemein als positiv bewertet, jedoch gebe es Kritik an der Institutionalisierung der Gewalten. Die Europäische Union verbreite ein Gefühl der Kolonialisierung und Abhängigkeit. Hinzu kommt das spezielle Verhältnis der V4 zu Russland.

Für bemerkenswert hielten die Experten außerdem das Verhältnis der Visegrád-Staaten zu Deutschland. Die Bundesrepublik sei für alle V4-Länder der mit Abstand wichtigste Handelspartner und dennoch verbreite sich eine anti-deutsche Stimmung. Matisak und Piechowicz lobten das zurückhaltende und abwartende Handeln der deutschen Regierung. Sie sind der Meinung, dass Belehrungen und Kritik aus Berlin noch „Öl ins Feuer gießen würden“. Dennoch warnten sie, dass die deutsche Regierung sich mit der Frage nach dem zukünftigen Umgang mit den V4 beschäftigen müsse. Schließlich sei auch die deutsche Wirtschaft von auf funktionierende Partnerschaften angewiesen.

Die Vorhersage über die Zukunft der Visegrád-4 innerhalb der EU ist düster. Die Experten erwarten eine zunehmende Isolierung der V4, vor allem von Ungarn und Polen, da für die Regierungen nationale Interessen Priorität hätten. Die Gäste vermuten, dass die Kooperation der Weimarer-Staaten (Frankreich, Deutschland, Polen) bis zur eventuellen Wahl einer liberaleren Regierung in Polen abnehmen wird.

Arato beendet die Diskussion mit der Frage, ob man von einer Hinwendung der V4 zu Russland ausgehen müsse, wenn sie und die EU sich nicht wieder annäherten. Denn sie sehe zwar Raum für Verhandlungen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, der jedoch zeitlich begrenzt sei.